

Stadt Leverkusen

NIEDERSCHRIFT

über die 24. Sitzung (19. TA)

der Bezirksvertretung für den

Stadtbezirk II

gemeinsam mit der

Bezirksvertretung für den

Stadtbezirk I und der

Bezirksvertretung für den

Stadtbezirk III (zu den

Tagesordnungspunkten 1 bis 4)

am Montag, 30.09.2024,
Rathaus, Friedrich-Ebert-Platz 1,
51373 Leverkusen,
5. OG, Ratssaal
Beginn: 15:00 Uhr
Ende: 17:10 Uhr

Anwesend:

Bezirksvertretung für den Stadtbezirk I

SPD

Silvia Dick

Max Haacke

Stefan Krampf

stv. Bezirksbürgermeisterin

Fraktionsvorsitzender

CDU

Michaela Di Padova

Frank Melzer

Bezirksbürgermeisterin

Fraktionsvorsitzender

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Wolfgang Berg

Fraktionsvorsitzender

BÜRGERLISTE

Günter Schmitz

AfD

Patrick Ricardo Liese

Es fehlen:

SPD

Sükran Kaplan

CDU

Charalambos Georgiou

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Dirk Udo Trapphagen

DIE LINKE

Björn Boos

FDP

Dr. Guido Fischer

Anwesend:

Bezirksvertretung für den Stadtbezirk II

SPD

Dr. Ulrich Liebetrau

Bezirksbürgermeister

Paul-Leander Schmidt

Fraktionsvorsitzender

Axel Schumacher

CDU

Christina Hilkemeier

Matthias Itzwerth

1. stv. Bezirksbürgermeister

Carolin Pötzsch

Fraktionsvorsitzende

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Dr. Stefan Pausch

Fraktionsvorsitzender

OP

Stephan Adams

Fraktionsvorsitzender

Markus Pott

AfD

Andreas Keith

Es fehlen:

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Dirk Danlowski

2. stv. Bezirksbürgermeister

DIE LINKE

Simon Hans Kappes

BÜRGERLISTE

Nikolas Hubrich

Bezirksvertretung für den Stadtbezirk III

Es fehlen:

CDU

Frank Schönberger

Bezirksbürgermeister

Ulrike Hölzer

Michael Prangenberg

Fraktionsvorsitzender

Georg Karl Wollenhaupt

SPD

Gisela Eickhoff-Prochno

Fraktionsvorsitzende

Petra Haase

Wolfgang Pockrand

Stv. Bezirksbürgermeister

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Roswitha Arnold

2. stv. Bezirksbürgermeisterin

Christoph Kühl

Fraktionsvorsitzender

Claudia Wiese

BÜRGERLISTE

Ralf Peter Müller

FDP

Benedikt Vennemann

AfD

Yannick Noe

mit beratender Stimme nehmen teil:

Rüdiger Scholz

CDU

Horst Müller

BÜRGERLISTE

Uwe Bartels

FDP

Verwaltung:

Daniel Greger

Oberbürgermeister, Rat und Bezirke (01)

Daniel Capitain

Dezernat II

Steffen Franzkowski

Ordnung und Straßenverkehr (36)

Bettina Zimmer

Mobilität und Klimaschutz (31)

Christian Melchert

Mobilität und Klimaschutz (31)

Melanie Offermann

Dezernat IV

Sabine Heymann

Dezernat V

Gäste:

Frank Nettesheim

wupsi GmbH

Schriftführung:

Yvonne Ritter

Oberbürgermeister, Rat und Bezirke (01)

Julia Montag

Oberbürgermeister, Rat und Bezirke (01)

T a g e s o r d n u n g

Öffentliche Sitzung

Seite

1	Eröffnung der Sitzung.....	6
2	Fortführung der Taktverdichtungen im Leverkusener Schnellbusnetz über das Ende der Förderung aus dem Bundesprogramm „Modellprojekte zur Stärkung des ÖPNV" hinaus (31.12.2024) - Fortschreibung des Nahverkehrsplans der Stadt Leverkusen - Nr.: 2024/2983	8
3	Fortführung des On-Demand-Angebots „efi" der wupsi GmbH im Stadtgebiet Leverkusen über das Ende der Förderung aus dem Bundesprogramm „Modellprojekte zur Stärkung des ÖPNV" hinaus bis Dezember 2026 - Fortschreibung des Nahverkehrsplans der Stadt Leverkusen - Nr.: 2024/2982	11
4	Haushaltssicherungskonzept - Aufhebung von Ratsbeschlüssen (Tausch Führerschein, Luftreinigungsgeräte) - Nr.: 2024/3021	12
5	Verzicht auf den Verwaltungscampus Opladen - Nr.: 2024/3012	14

Öffentliche Sitzung

1 Eröffnung der Sitzung

Herr Bezirksbürgermeister Dr. Liebetrau heißt zunächst alle anwesenden Mitglieder der Bezirksvertretungen willkommen und bittet um eine Schweigeminute für den letzte Woche verstorbenen, ehemaligen Ratsherrn Peter Ippolito.

Im Anschluss daran eröffnet Herr Bezirksbürgermeister Dr. Liebetrau die Sitzung der Bezirksvertretung für den Stadtbezirk II und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

Frau Bezirksbürgermeisterin Di Padova eröffnet sodann die Sitzung der Bezirksvertretung für den Stadtbezirk I und stellt die Beschlussfähigkeit fest. Sie zählt außerdem die Mitglieder der Bezirksvertretung I auf, die an der heutigen Sitzung nicht teilnehmen.

Die Mitglieder der Bezirksvertretung für den Stadtbezirk III sind nicht anwesend, was zur Folge hat, dass die Bezirksvertretung damit ihr Vorberatungsrecht der Tagesordnungspunkte 2 bis 4 (Vorlagen Nrn. 2024/2983, 2024/2982 und 2024/3021) nicht wahrnehmen kann (Redaktioneller Hinweis: Die Mitglieder der Bezirksvertretung für den Stadtbezirk III wurden bereits in ihrer turnusmäßigen Sitzung am 26.09.2024 durch die Verwaltung vorab über die heute anstehende Sondersitzung in Kenntnis gesetzt und haben dort insbesondere die Kurzfristigkeit und die fehlende Vorbereitungszeit moniert. Zudem wurde festgestellt, dass für die heutige Sitzung aufgrund von Verhinderungsanzeigen Beschlussunfähigkeit der Bezirksvertretung für den Stadtbezirk III vorliegen wird).

Herr Haacke (SPD) ergreift nach der Eröffnung zunächst das Wort und gibt folgenden Beitrag zu Protokoll: „Sehr geehrter Herr Bezirksbürgermeister, sehr geehrte Frau Bezirksbürgermeisterin, meine Damen und Herren,

Mit der Einladung vom 26.9.2024 haben wir, gerade so fristgerecht, die Einladung mit verkürzter Ladungsfrist zur gemeinsamen Sitzung der Bezirke erhalten.

Bezüglich der Bereitstellung von Unterlagen, Vorlagen und Anträgen habe ich bereits, mit Blick auf die Uhr, vor noch nicht einmal einer Woche Stellung bezogen. Ich möchte wiederholen, dass ich mit der aktuellen Handhabung der Verwaltung nicht einverstanden bin und so keine vernünftige politische Arbeit im Sinne der Stadt bezogen auf mein Ehrenamt möglich ist. Wir haben volles Verständnis für schnelles Handeln, um die Haushaltslage wieder in den Griff zu bekommen. Aber die Bezirke sind nicht nur Vorberatungsgremien für den Rat, sondern ein eigenes demokratisch legitimes Gremium. Ich bitte dies nicht nur formal juristisch, sondern auch im Geiste zu würdigen. Gegebenen-

falls müssten sich die demokratischen Fraktionen in den Bezirken sonst über eine Änderung der Geschäftsordnung verständigen. So ist die Ladungsfrist in vielen Kommunen deutlich großzügiger angesetzt als in Leverkusen, zu dessen Fristberechnung auch nur die Werktage zählen.

Gemäß § 21 Abs. 4 i. V. m. § 4 Abs. 1 der Geschäftsordnung des Rates der Stadt Leverkusen wurde von einer Verkürzung der Ladungsfrist Gebrauch gemacht. Für eine verkürzte Ladung bedarf es einer besonderen Dringlichkeit. In keiner der heute zu beratenden Vorlagen ist eine solche besondere Dringlichkeit ersichtlich, selbst wenn eine thematische Dringlichkeit gegeben ist. Die nächste Ratssitzung findet am 07.10.2024 statt. Eine Einladung ohne verkürzte Ladungsfrist wäre zum 04.10.2024 möglich gewesen und damit immer noch vor der Sitzung des Rates.

Wir bitten, die Verwaltung hierzu Stellung zu nehmen und auch den gesamten Prozess und die genaue zeitliche Abfolge, wie zu dieser es zu dieser Einladung kam, zu erläutern. Außerdem bitte ich, die Bezirksbürgermeisterin für den Stadtbezirk I Stellung zu beziehen, inwieweit sie über die tatsächlichen und rechtlichen Gründe für die Dringlichkeit der Einladung in Kenntnis gesetzt wurde und warum sie die Einladung unterschrieben hat.

Sollten nach den Ausführungen der Verwaltung noch weitere Zweifel bestehen, behalten wir es uns vor, den Sachverhalt von der Kommunalaufsicht in Form der Bezirksregierung Köln klären zu lassen.“

Rh. Pott (OP) teilt den Unmut von Herrn Haacke (SPD) und bittet die Verwaltung außerdem um Klärung, warum eine gemeinsame Sitzung aller drei Bezirksvertretungen angesetzt wurde, obwohl im letzten Tagungsabschnitt nach einer gemeinsamen Sondersitzung beschlossen worden war, zukünftig keine gemeinsamen Sondersitzungen der Bezirksvertretungen mehr abzuhalten. Außerdem hält er die Begründungen der zu beratenden Vorlagen für nicht aussagekräftig genug.

Herr Greger (01) erläutert zum Hinweis von Rh. Pott (OP), dass die Verwaltung sich aufgrund der neuen Zusammensetzung der Bezirksvertretungen in diesem Tagungsabschnitt für die heutige gemeinsame Sitzung entschieden hat. Zudem kann so die gemeinsame Beratung der bezirksübergreifenden Themen besser nachvollzogen werden. Herr Greger (01) verweist zur Begründung der besonderen Dringlichkeit auf die Vorlagen Nr. 2024/2983 und 2024/2982, da nur unter der Voraussetzung eines kurzfristigen Ratsbeschlusses die wupsi GmbH die einzelnen Maßnahmen zum vorgesehenen Fahrplanwechsel am 07.01.2025 planerisch umsetzen kann. Die beiden weiteren Vorlagen enthalten ebenfalls eine Dringlichkeitsbegründung, die auf die angespannte Haushaltslage und ein durch die eingerichtete Task Force empfohlenes erstes Handeln verweist. Herr Greger (01) bittet außerdem die Fraktionen darum, sich zeitnah und umfassend intern über die Inhalte aus den Sitzungen der Task Force abzusprechen, appelliert aber gleichzeitig an die Verwaltung, die in ihrer Verantwortung liegenden Vorlagen, so weit wie möglich, rechtzeitig in die Beratung einzubringen. Die Beteiligungs- und Vorbera-

tungsrechte der Bezirksvertretungen sollen selbstverständlich gewahrt bleiben, was je nach Situation aber auch eine kurzfristige Einbindung erfordert.

Herr Haacke (SPD) nimmt den Vorschlag von Herrn Greger (01) auf und bittet darum, dass sich die Fraktionsvorsitzenden der Bezirksfraktionen und die Verwaltung noch einmal beraten, um solche kurzfristigen Sondersitzung, soweit möglich, zu vermeiden.

In Folge dessen stellen Herr Haacke (SPD) und Herr Berg (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) den Antrag, die heutigen Tagesordnungspunkte für die Bezirksvertretung für den Stadtbezirk I in eine einzuladende Sondersitzung am Freitag, den 04.10.2024, zu vertagen. Sollte der Vertagungsantrag in diese Sondersitzung keine Mehrheit finden, wird die Vertagung in den nächsten Turnus beantragt.

Frau Bezirksbürgermeisterin Di Padova lässt zunächst für die Bezirksvertretung für den Stadtbezirk I über die Vertagung der Tagesordnungspunkte 2, 3 und 4 in eine einzuladende Sondersitzung am Freitag, den 04.10.2024, abstimmen.

dafür: 4 (3 SPD, 1 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
dagegen: 4 (2 CDU, 1 BÜRGERLISTE, 1 AfD)

Damit ist der Vertagungsantrag bei Stimmengleichheit abgelehnt.

Frau Bezirksbürgermeisterin Di Padova leitet danach für die Bezirksvertretung für den Stadtbezirk I die Abstimmung über die Vertagung aller zur Rede stehenden Vorlagen Nrn. 2024/2983, 2024/2982 und 2024/3021 in den nächsten Turnus ein.

dafür: 4 (3 SPD, 1 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
dagegen: 4 (2 CDU, 1 BÜRGERLISTE, 1 AfD)

Damit ist auch dieser Vertagungsantrag bei Stimmengleichheit abgelehnt.

- 2 Fortführung der Taktverdichtungen im Leverkusener Schnellbusnetz über das Ende der Förderung aus dem Bundesprogramm „Modellprojekte zur Stärkung des ÖPNV“ hinaus (31.12.2024)
- Fortschreibung des Nahverkehrsplans der Stadt Leverkusen
- Nr.: 2024/2983

Herr Dr. Pausch (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) beantragt die Vertagung der Vorlage Nr. 2024/2983 um einen Turnus, da er bzw. seine Fraktion aufgrund der Kurzfristigkeit der Sondersitzung zum jetzigen Zeitpunkt nicht abstimmungsbereit ist.

Rh. Pott (OP) beantragt ebenfalls die Vertagung der Vorlage um einen Turnus, bis die Fahrgastzahlen und Auslastungen für die einzelnen Buslinien

durch die Verwaltung bzw. wupsi GmbH nachgeliefert werden.

Rh. Scholz (CDU) weist darauf hin, dass die Theodor-Heuss-Realschule voraussichtlich Anfang des Jahres 2025, zu Beginn des neuen Schulhalbjahres, bezogen wird. Er erkundigt sich, wie der Schülerverkehr von Rheindorf nach Opladen geleitet werden soll. Herr Melchert (31) verweist auf die Linie 215, die zahlreiche Verstärkerfahrten durchführt und den Bedarf decken sollte.

Herr Haacke (SPD) beantragt die Vertagung der Vorlage Nr. 2024/2983 in eine Sondersitzung, die vor der Ratssitzung am 07.10.2024 stattfinden soll. Sollte dieser Vertagungsantrag abgelehnt werden, stellt er den Antrag auf Vertagung der Vorlage um einen Turnus.

Herr Berg (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) stellt ebenfalls einen Vertagungsantrag um einen Turnus, damit auch die Bezirksvertretung für den Stadtbezirk III über die Vorlage beraten kann.

Herr Melchert (31) erläutert, dass eine Beschlussfassung zur Vorlage in der Ratssitzung am 07.10.2024 erforderlich ist, damit die wupsi GmbH die Änderungen zum Fahrplanwechsel 2025 umsetzen kann.

Herr Nettesheim (wupsi GmbH) ergänzt, dass die Dienstpläne erstellt werden müssen. Sollte im Oktober keine Entscheidung zur Vorlage getroffen werden, würden ab Januar die Taktverdichtungen im Schnellbusnetz der wupsi GmbH entfallen.

Nachdem weitere Fragen aus dem Gremium durch die Verwaltung beantwortet wurden, beantragt Frau Pötzsch (CDU) den Schluss der Debatte. Hierüber lässt Herr Bezirksbürgermeister Dr. Liebetrau die Bezirksvertretung für den Stadtbezirk II abstimmen:

dafür:	6 (3 SPD, 3 CDU)
dagegen:	3 (2 OP, 1 AfD)
Enth.:	1 (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Herr Dr. Pausch (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) zieht seinen Antrag auf Vertagung um einen Turnus aufgrund der mündlichen Stellungnahme der Verwaltung zurück.

Sodann erfolgt die Abstimmung durch die Bezirksvertretung für den Stadtbezirk II über den Vertagungsantrag von Rh. Pott (OP) um einen Turnus, bis die Fahrgastzahlen für die einzelnen Buslinien benannt wurden:

dafür:	2 (OP)
dagegen:	8 (3 SPD, 3 CDU, 1 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, 1 AfD)

Damit ist der Vertagungsantrag mehrheitlich abgelehnt.

Anschließend lässt Herr Bezirksbürgermeister Dr. Liebetrau die Bezirksver-

treterung für den Stadtbezirk II über die Vorlage Nr. 2024/2983 abstimmen.

Beschlussempfehlung an den Rat:

Wie Vorlage in Variante B

dafür: 7 (3 SPD, 3 CDU, 1 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Enth.: 3 (2 OP, 1 AfD)

Die Beratung in der Bezirksvertretung für den Stadtbezirk I wird fortgeführt. Im Rahmen dessen zieht Herr Berg (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) seinen Antrag auf Vertagung der Vorlage um einen Turnus zurück.

Sodann lässt Frau Bezirksbürgermeisterin Di Padova die Bezirksvertretung für den Stadtbezirk I über den Antrag von Herrn Haacke (SPD) auf Vertagung der Vorlage Nr. 2024/2983 in eine Sondersitzung vor der Ratssitzung am 07.10.2024 abstimmen:

dafür: 4 (3 SPD, 1 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
dagegen: 4 (2 CDU, 1 BÜRGERLISTE, 1 AfD)

Damit ist der Vertagungsantrag bei Stimmengleichheit abgelehnt.

Anschließend lässt Frau Bezirksbürgermeisterin Di Padova die Bezirksvertretung für den Stadtbezirk I über den Antrag von Herrn Haacke (SPD) auf Vertagung der Vorlage Nr. 2024/2983 um einen Turnus abstimmen:

dafür: 3 (SPD)
dagegen: 5 (2 CDU, 1 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, 1 BÜRGERLISTE, 1 AfD)

Damit ist der Vertagungsantrag abgelehnt.

Abschließend erfolgt eine Abstimmung durch die Bezirksvertretung für den Stadtbezirk I über die Vorlage Nr. 2024/2983.

Beschlussempfehlung an den Rat:

Wie Vorlage in der Variante B

dafür: 3 (2 CDU, 1 BÜRGERLISTE)
dagegen: 1 (AfD)
Enth.: 4 (3 SPD, 1 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

- 3 Fortführung des On-Demand-Angebots „efi“ der wupsi GmbH im Stadtgebiet Leverkusen über das Ende der Förderung aus dem Bundesprogramm „Modellprojekte zur Stärkung des ÖPNV“ hinaus bis Dezember 2026
- Fortschreibung des Nahverkehrsplans der Stadt Leverkusen
- Nr.: 2024/2982

Herr Haacke (SPD) beantragt erneut, die Vorlage Nr. 2024/2982 in einer Sondersitzung vor der Ratssitzung am 07.10.2024 zu beraten. Sollte dieser Antrag die erforderliche Mehrheit nicht erhalten, beantragt er alternativ die Vertagung der zur Rede stehenden Vorlage in den kommenden Novemberturnus.

Herr Greger (01) führt an, dass die Bezirksvertretung für den Stadtbezirk I hier zwar beratend tätig werden kann und informell beteiligt wird, tatsächlich von der Vorlage aber nicht konkret betroffen ist, da das „efi“ On-Demand-Angebot derzeit dort keine Anwendung findet.

Herr Haacke (SPD) möchte von der Verwaltung wissen, ob entsprechende Programme auch für den Stadtbezirk I angedacht sind und wie sich die Umweltbilanz von „efi“ darstellt. Die Verwaltung sagt eine Beantwortung der Fragen zu.

Rh. Müller (BÜRGERLISTE) spricht sich für die von der Verwaltung präferierte Variante D aus und erläutert, dass zumindest der ursprüngliche Zustand vor der Einführung von „efi“ wiederhergestellt werden sollte.

Dieser Aussage schließen sich die überwiegenden Teile beider Bezirksvertretungen im Laufe der Debatte an.

Herr Dr. Pausch (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) bittet die wupsi GmbH nach Abschluss des „efi“ On-Demand-Angebots um eine ausführliche Evaluation, was Herr Nettesheim (wupsi GmbH) zusagt.

Herr Bezirksbürgermeister Dr. Liebetrau leitet danach die Abstimmung über die Vorlage Nr. 2024/2982 ein.

Beschlussempfehlung an den Rat:

Wie Vorlage in Variante D

dafür: 9 (3 SPD, 3 CDU, 1 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, 2 OP)
dagegen: 1 (AfD)

Im Anschluss daran lässt Frau Bezirksbürgermeisterin Di Padova zunächst über die Vertagung der Vorlage Nr. 2024/2982 in eine Sondersitzung vor der Ratssitzung am 07.10.2024 abstimmen:

dafür: 4 (3 SPD, 1 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

dagegen: 4 (2 CDU, 1 BÜRGERLISTE, 1 AfD)

Damit ist der Vertagungsantrag bei Stimmengleichheit abgelehnt.

Frau Bezirksbürgermeisterin Di Padova leitet danach die Abstimmung über die Vertagung der zur Rede stehenden Vorlage Nr. 2024/2982 in den nächsten Turnus ein.

dafür: 3 (SPD)

dagegen: 5 (2 CDU, 1 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, 1 BÜRGERLISTE, 1 AfD)

Damit ist auch dieser Vertagungsantrag abgelehnt.

Es folgt die Abstimmung über die Vorlage Nr. 2024/2982 in der Variante D.

Beschlussempfehlung an den Rat:

Wie Vorlage in Variante D

dafür: 3 (2 CDU, 1 BÜRGERLISTE)

dagegen: 1 (AfD)

Enth.: 4 (3 SPD, 1 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

4 Haushaltssicherungskonzept - Aufhebung von Ratsbeschlüssen
(Tausch Führerschein, Luftreinigungsgeräte)
- Nr.: 2024/3021

Zu Beginn stimmt die Bezirksvertretung für den Stadtbezirk I über einen Antrag von Herrn Haacke (SPD) auf Sitzungsunterbrechung für 10 Minuten ab:

dafür: 3 (SPD)

dagegen: 5 (2 CDU, 1 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, 1 BÜRGERLISTE, 1 AfD)

Damit ist der Antrag auf Sitzungsunterbrechung abgelehnt.

Herr Haacke (SPD) hinterfragt die Dringlichkeit der Vorlage Nr. 2024/3021 und beantragt die Vertagung der Vorlage in eine Sondersitzung, die vor der Ratssitzung am 07.10.2024 stattfinden soll. Sollte dieser Vertagungsantrag abgelehnt werden, stellt er den Antrag auf Vertagung der Vorlage Nr. 2024/3021 um einen Turnus.

Frau Offermann (Dezernat IV) erläutert auf Nachfrage von Herrn Haacke (SPD), dass zahlreiche Institutionen und Vereine angefragt wurden, ob Interesse an den Luftreinigungsgeräten besteht. Unter anderem da die Wartungskosten jedoch von den Käufer*innen getragen werden müssen, wurde der Ankauf der Luftreinigungsgeräte als unattraktiv zurückgemeldet. Sie führt weiter

aus, dass sich die Geräte derzeit in den Schulen befinden und aktuell keine Kosten für die Lagerung entstehen (*Redaktioneller Hinweis: Seitens des Dezernates IV ist eine weitreichende niederschwellige Interessenabfrage hinsichtlich eines Kaufs oder einer kostenfreien Überlassung der Luftreinigungsgeräte ohne eine Angabe der genauen Kosten erfolgt. Bereits auf diese Anfrage sind fast keine nachzuverfolgenden Rückmeldungen eingegangen, sodass der tatsächliche Bedarf gegen Null geht*).

Herr Capitain (Dezernat II) weist darauf hin, dass bei Aufhebung des Beschlusses zur Vorlage Nr. 2023/2344, „Zukünftiger Betrieb der Luftreinigungsgeräte in Kitas und Schulen“, gefasst in der Sitzung des Rates der Stadt Leverkusen vom 19.02.2024, die Luftreinigungsgeräte verschrottet und damit Zusatzaufwendungen verhindert werden, da die Mittel in Höhe von 100.000 € für die Wartung und Lagerung derzeit nicht im Haushalt etatisiert sind.

Sodann lässt Herr Bezirksbürgermeister Dr. Liebetrau die Bezirksvertretung für den Stadtbezirk II über Punkt 2 der Vorlage Nr. 2024/3021 abstimmen.

Beschlussempfehlung an den Rat:

Wie Vorlage zu Punkt 2

dafür: 7 (3 SPD, 3 CDU, 1 AfD)
Enth.: 3 (1 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, 2 OP)

Nachdem die Fragen des Gremiums beantwortet wurden, erfolgt die Abstimmung der Bezirksvertretung für den Stadtbezirk I über den Antrag von Herrn Haacke (SPD) auf Vertagung der Vorlage Nr. 2024/3201 in eine Sondersitzung vor der Ratssitzung am 07.10.2024:

dafür: 3 (SPD)
dagegen: 5 (2 CDU, 1 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, 1 BÜRGERLISTE, 1 AfD)

Damit ist der Vertagungsantrag abgelehnt.

Anschließend lässt Frau Bezirksbürgermeisterin Di Padova die Bezirksvertretung für den Stadtbezirk I über den Antrag von Herrn Haacke (SPD) auf Vertagung der Vorlage Nr. 2024/3201 um einen Turnus abstimmen:

dafür: 3 (SPD)
dagegen: 5 (2 CDU, 1 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, 1 BÜRGERLISTE, 1 AfD)

Damit ist der Vertagungsantrag abgelehnt.

Sodann stimmt die Bezirksvertretung für den Stadtbezirk I über Punkt 2 der Vorlage Nr. 2024/3021 ab.

Beschlussempfehlung an den Rat:

Wie Vorlage zu Punkt 2

dafür: 4 (2 CDU, 1 BÜRGERLISTE, 1 AfD)
Enth.: 4 (3 SPD, 1 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Im Anschluss an die Abstimmung schließt Frau Bezirksbürgermeisterin Di Padova die Sitzung der Bezirksvertretung für den Stadtbezirk I gegen 16:35 Uhr.

Herr Dr. Pausch (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) moniert, dass trotz einer gemeinsamen Beratung der Bezirksvertretungen für die Stadtbezirke I und II nach Abstimmung der Bezirksvertretung für den Stadtbezirk II eine weitere (kurze) Beratung der Bezirksvertretung für den Stadtbezirk I über die Vorlage Nr. 2024/3021 erfolgt ist.

5 Verzicht auf den Verwaltungscampus Opladen
- Nr.: 2024/3012

Rh. Pott (OP) moniert, dass kein ganzheitlicher Plan zur Verwaltungsunterbringung besteht. Er gibt folgenden Wortbeitrag zu Protokoll:

„Es ist zum verrückt werden, in Wiesdorf kauft man ohne groß darüber nachzudenken, die von Bayer abgelegten Verwaltungsimmobilien an der Hauptstraße auf und dann vor knapp einem Jahr auch noch die extrem risikobelastete Kaufhofimmobilie.

Und zuletzt noch, die städtische Pleite bereits vor Augen, werden in der Herz Jesu Kirche noch Luftschlösser gebaut.

Anders in Opladen. Seit Jahren gibt es am Kopf der Bahnhofsbrücke die Vision eines neuen, modernen, die Stadt als Arbeitgeber attraktiv machenden, neuen Verwaltungsstandortes. Ein Kristallisationspunkt für eine gute Entwicklung Opladens im Allgemeinen und der Bahnstadtwestseite im Besonderen. Auch hier wird nun nicht gerechnet. Aber anders als in Wiesdorf wird nicht gekauft, sondern gleich nein gesagt.

Eine Entscheidung gegen eine Sache, die seit über zehn Jahren in der Luft liegt, ohne genau hinzusehen, das ist verwerflich. Wer eine Bahnstadt anfängt, muss sie auch vernünftig zu Ende bringen.

Die hier vorliegende Vorlage trieft vor Unzulänglichkeit:

Es gibt bisher überhaupt keinen Plan zur Verwaltungsunterbringung. Das ist schon ein Skandal, seitdem ich in der Politik bin, wird von der Notwendigkeit eines Konzeptes gesprochen, das nur die Verwaltung erstellen kann. Nur sie kennt die Abläufe und Sachzwänge, die es zu berücksichtigen gilt. Zuletzt wurde Anfang 2021 ein Standortkonzept vom Rat verabschiedet und dabei erneut die Verwaltung aufgefordert, einen Plan aufzustellen, wo es was an

Flächen gibt und welche Investitionsbedarfe dort bestehen. Geschehen ist bisher nichts. Derart unprofessionell geführt, verwundert eine Stadtpleite nicht.

Völlig naiv die Vorstellung zur Miselohestraße. Schaut man ins Geoportal, kann man dort, wenn man den Denkmalschutz sehr lasch auslegt, vielleicht ein Baugrundstück von 4000 m² ausmachen, für das am Markt vielleicht ein Preis von rund 2 Millionen erzielbar ist - allerdings abzüglich der Abrisskosten. Da bleibt bei dem Riesengebäude nichts übrig, jedoch wäre in diesem Fall das Archiv im Keller des Gebäudes neu unterzubringen. Und was das kostet, wissen wir spätestens seit der Auslagerung des Museumsdepots in ein Gewerbegebiet. Einen Finanzierungbaustein gibt es hier jedenfalls nicht.

Völlig unverständlich auch, dass bisher noch niemand sagen kann, was die Sanierung der alten Bayer-Gebäude - beim Kauf hoch gelobt, sie seien tipp-topp in Ordnung - an der Hauptstraße kosten soll, über deren Fortbestand man mit dieser Vorlage aber auch gleich entscheiden soll. Diese Kosten sind ebenfalls in die Entscheidung für einen möglichen Neubau mit einzubeziehen. Auch sollten diese Gebäude eigentlich zum Teil vermietet werden.

Neben einer halbwegs genauen Aufstellung der Kosten des Verwaltungsstandortes im Bahnhofsquartier müssen auch genau und umfänglich die Einsparungen errechnet werden: Was kann an anderer Stelle entmietet werden, welche Kosten entfallen dafür, was lässt sich an der Hauptstraße für Miete erzielen? Auch sind Synergieeffekte zu berechnen. Ein neues Verwaltungsgebäude bietet bessere Arbeitsabläufe, die ebenfalls Kosten sparen helfen. Nicht zuletzt wäre ein Verwaltungsstandort im Bahnhofsquartier der beste mögliche Anker für eine gute Entwicklung dieses mit Abstand wichtigsten Baufeldes der gesamten Bahnstadt. Man vertut sich gern, bei alldem schönen, das auf der Ostseite bereits entstanden ist, die Westseite befindet sich noch auf hoher See, nichts ist gewiss.

Der Verwaltungsstandort an dieser Stelle ist quasi auch eine Investition in eine gute Zukunft. Ähnlich wie vor einigen Jahren die Investition in die Gütergleisverlegung in knappsten Zeiten zu stemmen war und glücklicherweise auch wurde, ist es jetzt bei der Entscheidung für den Verwaltungsstandort. Hier einfach Nein zu sagen wäre ein verantwortungsloser Hüftschuss. Auch wäre dies Aktionismus. Es gibt keinen Grund dazu, heute bereits Nein zu sagen.

Wir stellen daher folgenden Änderungsantrag:

Die Vorlage wird vertagt. Die Verwaltung erstellt zunächst eine Kosten- und Einsparübersicht für den Fall der Verwirklichung des angedachten Verwaltungsstandortes im Bahnhof Quartier.“

Rh. Pott (OP) fasst seinen Redebeitrag zusammen und stellt den Antrag auf Vertagung der Vorlage Nr. 2024/3012 um einen Turnus und Vorlage einer Kosten- und Einsparübersicht für den Fall einer Standortzusammenlegung.

Seiner Ansicht nach fehlen in der Vorlage eine Erläuterung, wie sich die konkreten Kosten für den Verwaltungsneubau in der neuen bahnstadt opladen (nbso) zusammensetzen.

Herr Itzwerth (CDU) beantragt, den Beschlussentwurf der Vorlage Nr. 2024/3012 wie folgt zu ergänzen: Im ersten Satz wird vor „nicht weiterverfolgt“ das Wort „zurzeit“ eingefügt. Damit soll die Option erhalten bleiben, einen Verwaltungsstandort in der nbso zu schaffen. Für Herrn Itzwerth (CDU) ist die Frage offen, ob neben einem etwaigen Verwaltungsneubau weiterhin die Option besteht, dass die Stadt alternativ als Ankermieter in ein Gebäude eines Investors ziehen könnte.

Frau Heymann (Dezernat V) führt auf Nachfrage des Gremiums aus, dass sich die Kosten für die Anmietung des Gebäudes in der nbso auf 22,50 € pro Quadratmeter belaufen. Dies ergibt bei einer Gebäudegröße von 7.000 Quadratmeter monatliche Mietkosten in Höhe von 157.500 € netto (1.890.000 € jährlich).

Herr Dr. Pausch (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) beantragt, den Beschlussentwurf um den Satz „Eine spätere Anmietung von Gebäuden auf dem Gelände der nbso wird nicht ausgeschlossen.“ zu ergänzen.

Im Anschluss an die Diskussion beantragt Frau Pöttsch (CDU) den Schluss der Debatte, worüber die Bezirksvertretung für den Stadtbezirk II wie folgt abstimmt:

dafür: 8 (3 CDU, 3 SPD, 1 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, 1 AfD)
dagegen: 2 (OP)

Sodann lässt Herr Bezirksbürgermeister Dr. Liebetrau über den Antrag von Rh. Pott (OP) auf Vertagung der Vorlage Nr. 2024/3012 um einen Turnus und Vorlage einer Kosten- und Einsparübersicht für den Fall einer Standortzusammenlegung abstimmen:

dafür: 2 (OP)
dagegen: 8 (3 CDU, 3 SPD, 1 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, 1 AfD)

Anschließend lässt Herr Bezirksbürgermeister Dr. Liebetrau über die vorgenannten Änderungen des Herrn Itzwerth (CDU) und Herrn Dr. Pausch (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) abstimmen:

dafür: 8 (3 CDU, 3 SPD, 1 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, 1 AfD)
Enth.: 2 (OP)

Damit ist den Ergänzungen von Herrn Itzwerth (CDU) und Herrn Dr. Pausch (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) zur Vorlage Nr. 2024/3012 zugestimmt.

Sodann lässt Herr Bezirksbürgermeister Dr. Liebetrau über die Vorlage Nr. 2024/3012 unter Berücksichtigung der vorgenannten Änderungen ab-

stimmen.

Beschlussempfehlung an den Rat:

Der Rat der Stadt Leverkusen beschließt, dass die Verwaltung die Planung eines Verwaltungsneubaus auf dem Gelände der neuen bahnstadt opladen (nbso) **zurzeit** nicht weiterverfolgt und durch eine Anpassung/Verdichtung der Belegung in den vorhandenen städtischen Verwaltungsgebäuden, Büroflächen einspart. Dabei sollen auch - so weit möglich - bestehende Anmietungen aufgegeben werden. **Eine spätere Anmietung von Gebäuden auf dem Gelände der nbso wird nicht ausgeschlossen.**

dafür: 8 (3 CDU, 3 SPD, 1 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, 1 AfD)
Enth.: 2 (OP)

Herr Bezirksbürgermeister Dr. Liebetrau schließt die Sitzung der Bezirksvertretung für den Stadtbezirk II gegen 17:10 Uhr.

Dr. Ulrich Liebetrau
Bezirksbürgermeister für den
Stadtbezirk II

Michaela Di Padova
Bezirksbürgermeisterin für den
Stadtbezirk I

Yvonne Ritter
Schriftführerin

Julia Montag
Schriftführerin